



# ICEP *argumente*

4. Jg. | 1. Ausgabe 2008 | Mai

## Inklusion statt Strafe? Normative Implikationen der Jugendsozialarbeit mit delinquenten Jugendlichen

von Christian Bernzen, Berlin

Wenn das öffentliche Gespräch auf delinquente Jugendliche kommt – und das geschieht zumal in Wahlkampfzeiten immer wieder – gibt es neben Forderungen nach besseren strafrechtlichen Mitteln stets auch den Hinweis auf die Aufgaben der Jugendhilfe und insbesondere der Jugendsozialarbeit. Das ist Teil eines mehr und weniger aufregenden Rituals – aber hat Jugendsozialarbeit überhaupt etwas mit delinquenten Jugendlichen zu tun? Welche Bedeutung hat es für die Jugendsozialarbeit, wenn junge Menschen Straftaten begehen?

### Jugendsozialarbeit

Mit der Jugendsozialarbeit wird ein traditionelles Feld der Tätigkeit der Jugendhilfe angesprochen, das rechtlich im Sozialgesetzbuch VIII verankert ist (dort § 13). Seit es Jugend als eigenständige Lebensphase gibt und sich private und öffentliche Stellen um die Jugend gekümmert haben, galt deren besondere Aufmerksamkeit dem Übergang von schulischer Bildung in Berufsausbildung und Berufstätigkeit. Der Rechtsbegriff der Jugendsozialarbeit nimmt auf dieses traditionelle Tätigkeitsfeld Bezug: Jugendsozialarbeit dient als Jugendberufshilfe der Verbesserung der Möglichkeiten, einen Einstieg in das Berufsleben zu finden. Als Schulsozialarbeit dient sie dazu, auf diesen Einstieg zielgerichtet vorzubereiten. Jugendsozialarbeit unterscheidet sich von der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII dadurch, dass sie zum einen ein wesentlich engeres Tätigkeitsfeld und zum anderen einen eingeschränkten Adressatenkreis hat. Sie ist ein Angebot für junge Menschen mit besonderen Schwierigkeiten. Von den Hilfen zur Erziehung und deren Fortsetzung als Hilfe für junge Volljährige unterscheidet sich die Jugendsozialarbeit vor allem dadurch, dass sie einerseits über ein nur eingeschränktes Instrumentarium verfügt und andererseits nicht primär auf Erziehungsschwierigkeiten der Eltern reagiert. Als Adressaten der Hilfe werden vielmehr die

jungen Menschen selbst genannt. Sie sind anders als bei den Hilfen zur Erziehung Anspruchsinhaber und damit antragsberechtigt. In § 13 SGB VIII werden zudem die Anspruchsvoraussetzungen angegeben: Dies sind entweder die Notwendigkeit des Ausgleichs von sozialer Benachteiligungen oder die Erforderlichkeit von Hilfe zum Überwinden von individuellen Beeinträchtigungen. Damit werden die Gruppen junger Menschen angesprochen, die erfahrungsgemäß besondere Schwierigkeiten bei dem Übergang von Schule zu Beruf haben.

Als sozial benachteiligt gelten derzeit vor allem junge Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind als individuell beeinträchtigte junge Menschen zu betrachten, deren Problemlagen auffällig sind. Als Ziele und Inhalte der Hilfe und Förderung werden die Förderung der schulischen und beruflichen Ausbildung und der Eingliederung in die Arbeitswelt und die soziale Integration angegeben (§ 13 SGB VIII).

### Delinquenz

Delinquenz ist der Ausgangspunkt strafrechtlichen Handelns. Dieses hat regelmäßig und ganz im Gegensatz zur Jugendsozialarbeit nicht Inklusion sondern vielmehr Exklusion zur Folge. Am deutlichsten wird dies bei jeder Form der Haft, die den Betroffenen von der Gesellschaft abschließt. Mit dem strafrechtlichen Sank-

### ICEP · Berliner Institut für christliche Ethik und Politik

Das ICEP versteht sich als politische Ideenagentur, die mit sozialetischen Positionen und Expertisen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen Entscheidungsträger und Betroffene vom Standpunkt einer anwendungsorientierten christlichen Ethik aus berät. Zusammen mit anderen Sozialethikerinnen und Sozialethikern bildet es eine Plattform für christliche Ethik im politischen Raum. Das ICEP ist eine Forschungseinrichtung der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB).

### Über den Autor

Prof. Dr. Christian Bernzen ist Professor für rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik für das Lehrgebiet BGB/Familienrecht und Kinder- und Jugendrecht an der KHSB und zudem als Rechtsanwalt in Hamburg tätig.

tionssystem wird also auf delinquentes Verhalten öffentlich reagiert. Strafverfolgungsbehörden und Gerichte ordnen delinquentem Verhalten bei subjektiver Vorwerfbarkeit strafrechtliche Folgen zu, wobei diese im Bereich des Jugendstrafrechts durch den Erziehungsgedanken geprägt und in ihrem Umfang limitiert sein sollen. In geeigneten Fällen ist sogar ein Absehen von Strafe vorgesehen, eventuell ist als Auflage Hilfe anzunehmen.

### Jugendsozialarbeit und Delinquenz

In diesen notwendig summarischen Bemerkungen wird deutlich, dass Jugendsozialarbeit und Delinquenz junger Men-



schen unverbundene Gegenstandsbereiche sind. Jedoch könnte folgender Gedanke einen Brückenschlag darstellen: Individuelle Beeinträchtigungen können sich vielfältig äußern. Eine Form, in der eine solche Beeinträchtigung zu Tage treten kann, ist das delinquente Verhalten junger Menschen. Auch wenn dieser Gedanke argumentativ schwer zu bestreiten ist, stellt sich dennoch die Frage, inwieweit dadurch eine Verbindung zwischen Jugendsozialarbeit und delinquentem Verhalten junger Menschen hergestellt werden kann. Das wäre nur dann der Fall, wenn der logische Schluss in beiden Richtungen zulässig wäre: Wenn delinquentes Verhalten junger Menschen immer oder zumindest fast immer eine individuelle Beeinträchtigung offen legte. Anderenfalls wäre der logische Zusammenhang zwischen dem Bedarf an Jugendsozialarbeit und Delinquenz nicht intensiver als der zwischen dem Bedarf an Jugendsozialarbeit und der Fähigkeit zum Fahrradfahren; denn immerhin kennt ein beträchtlicher Anteil der Adressatinnen und Adressaten von Jugendsozialarbeit Fahrradfahren als gängige Praxis.

### **Ressourcen- statt Defizitorientierung**

Wie aber soll dann überhaupt der Bedarf an jugendsozialarbeiterischer Intervention festgestellt werden? Wie in anderen Bereichen der Sozialen Arbeit wird auch der Bedarf an Jugendsozialarbeit vor allem an Auffälligkeiten, also Defiziten festgestellt. Ein solches Vorgehen führt aber auf Ab- und Umwege. Viel aussichtsreicher ist es stattdessen, an mögliche Chancen und Ressourcen anzuknüpfen. Dazu müssten die Fähigkeiten junger Menschen bemerkt und ihre Eigeninitiative von Pädagogen geweckt werden. Aber ist die Geschichte der Sozialen Arbeit nicht die Geschichte einer fortdauernden und eigentlich immer nur sprachlich modernisierten Defizitorientierung?

Die Geschichte der Jugendsozialarbeit bietet ein Mut machendes Beispiel für einen anderen Zugang. In dem Auftrag, soziale Benachteiligung zu überwinden, hat die Jugendsozialarbeit mit einem eigenen Handlungsschwerpunkt versucht, schulische Bildung, berufliche Ausbildung und Studium etwa junger Aussiedler zu

fördern, je nach deren individuellen Fähigkeiten. Dabei war nicht die Perspektive handlungsleitend, dass es schon ein großer Erfolg sei, wenn überhaupt irgendeine Ausbildung gelänge. Vielmehr ging es um die je individuellen Ressourcen der jungen Menschen und um die jeweiligen Möglichkeiten, diese zu fördern. Darin hat die Jugendsozialarbeit wesentliche Erfolge erzielt, auch deshalb, weil Scheitern und „Auffälligkeiten“ gerade kein notwendiger Auslöser des Hilfesgeschehens waren. Deshalb sollten die Chancen und Absichten, Hoffnungen und Potenzialitäten Ausgangspunkte gelingender Jugendsozialarbeit sein.

Wird dieser Blickwinkel konsequent durchgehalten, ist ein sinnvoller Zusammenhang zwischen Delinquenz und Jugendsozialarbeit nicht mehr beschreibbar. Das verwirrt zunächst: Es scheint doch klar zu sein, dass insbesondere strafrechtliche Sanktionen, die mit Freiheitsentziehung verbunden sind, stets auch den Charakter haben, den Adressaten dieser Sanktion aus der Gesellschaft auszuschließen. Ist der Delinquent aber nun zum Teil (und eventuell aus guten Gründen) aus der Gesellschaft ausgeschlossen, muss er in Folge der Hilfsmaßnahmen auch wieder einbezogen werden. Inklusion als sozialpolitisch gängige moralische Forderung wird hier in eigener Weise konkret. Die Gesellschaft, die strafrechtlich sanktionieren darf, übernimmt mit der Sanktion zugleich die Pflicht zur (Wieder-) Einbeziehung des Sanktionierten.

Vor allem eine gute und gleichberechtigte Kooperation verschiedener, auch in ihrer Wahrnehmbarkeit unterscheidbarer Systeme, bietet bei der praktischen Umsetzung die größte Chance. Jugendstrafrechtspflege ist unmittelbar und aus staatlichem Auftrag dem Erziehungsgedanken und dem Erziehungsziel der Legalbewährung verpflichtet; Jugendsozialarbeit hingegen muss dem Hilfeempfänger nach seinem Plan Chancen eröffnen. Sie handelt also im Auftrag des einzelnen Bürgers. Eine Kohärenz dieser beiden Handlungsansätze lässt sich nur erlangen, in dem diese beiden unterschiedlichen Zugänge als für ihren Bereich sachgerecht respektiert werden. Auf dieser Basis kann und muss kooperiert werden. Gerade auch dann, wenn Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger aufgrund hohen Unterstützungsbedarfs kaum noch in der Lage sind, diese Verschiedenheit öffentlichen Handelns auch tatsächlich zu realisieren. Politische Akteure und öffentliche Stellen sind somit aufgerufen, nicht reflexhaft zu handeln, sondern differenziert auf die Straftaten junger Menschen zu reagieren und zugleich deren Integrationswünsche zu ermöglichen. Dass beides gleichzeitig

geboten ist, macht kohärentes Handeln schwierig. Die strafrechtliche Sanktion ist zwar politisch plausibel, die jugendsozialarbeiterische Inklusion aber in jedem Fall moralisch geboten, je mehr im übrigen – auch aus guten Gründen – Exklusion bewirkt wurde.

### **Jugendsozialarbeit im öffentlichen Diskurs**

Doch die jugendsozialarbeiterischen Bemühungen gelten als wenig einschätzbar, wenn es um die Wirkungen geht. Oft ist unklar, ob Jugendsozialarbeit überhaupt hinreichend Inklusion bewirken kann. Jugendsozialarbeit hat deshalb ihre Handlungsfähigkeit im öffentlichen Diskurs durch Transparenz, Wirkungsorientierung und Popularisierung zu plausibilisieren. Bei *Transparenz* geht es um mehr als um klare Auskünfte auf Fragen; es geht auch um das Bemühen der Sozialen Arbeit, gefragt und auch bei wenig problembewussten Fragen auskunftsfähig zu sein. Bei *Wirkungsorientierung* geht es vor allem darum, ein Bewusstsein für die Wirksamkeit Sozialer Arbeit zu schaffen. *Popularisierung* meint das Bemühen, Themen breit zugänglich zu machen und mit öffentlich verständlichen Mitteln Auskunft über die Realität Sozialer Arbeit zu geben. Soziale Arbeit kann und wird auf dem angedeuteten Weg die Chance gewinnen, auch für delinquente junge Menschen stabil und plausibel ein aussichtsreiches Angebot von Teilhabe und Teilnahme in der Gesellschaft zu machen. Die Strafrechtspflege und vor allem der Jugendstrafvollzug könnten so Gewissheit über die Handlungsfähigkeit der Kooperationspartner gewinnen. Wird die Chance genutzt, die die Schaffung der Jugendstrafvollzugsgesetze der Länder bietet, können die Verpflichtungen zum Zusammenwirken auch im Gesetz qualifiziert werden. Vor allem aber könnte sich die Lage der delinquenten Jugendlichen verbessern: Ihr Inklusionsbedarf könnte mit größerer Wahrscheinlichkeit und passgenauer gedeckt werden.

#### **Impressum**

**Herausgeber / V.i.S.d.P.  
ICEP · Berliner Institut für  
christliche Ethik und Politik**

Köpenicker Allee 39–57  
10318 Berlin

vertreten durch  
Dr. Axel Bohmeyer

[info@icep-berlin.de](mailto:info@icep-berlin.de)  
[www.icep-berlin.de](http://www.icep-berlin.de)

ISSN-Nr. 1614–7677